



ÜBERPRÜFUNG UND ANALYSE DER LÄNDERPOLITIK

KERNPUNKTE FÜR DIE ARBEIT MIT UND FÜR LÄNDER – KURZDOSSIER

EINLEITUNG

Die Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung (die Agentur) möchte ihre Mitgliedsländer dabei unterstützen, eine inklusive Bildungspolitik zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen. Alle in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern unternommenen Aktionen spiegeln die Bestrebungen der Agentur wider, sich aktiv für Veränderungen in der diesbezüglichen Politik einzusetzen. Die gesamte Tätigkeit der Agentur steht im Einklang mit ihrer Vision für inklusive Bildungssysteme. Diese sollen dafür sorgen, dass alle Lernenden jeglichen Alters sinnvolle und hochwertige Bildungsmöglichkeiten in ihrer lokalen Gemeinschaft und im Umfeld von Freunden und Gleichaltrigen erhalten sollten.

Die Arbeit der Agentur im Rahmen der **Überprüfung und Analyse der Länderpolitik** (CPRA) fand von 2014 bis 2021 statt. Im Rahmen der CPRA erhielten die Mitgliedsländer der Agentur individualisierte Informationen über die politischen Rahmenbedingungen für inklusive Bildung und Erziehung. Außerdem wurden die Erkenntnisse und Outputs der Agentur auf breiter Basis in den größeren Kontext der europäischen und internationalen Politik für Bildung und Inklusion eingeordnet.

Die CPRA-Arbeit unterstützte die politischen Entscheidungsträger der Länder bei der Reflexion über die Entwicklung einer Politik für inklusive Bildung und Erziehung und stieß politische Diskussionen im jeweiligen Land an. Analysiert wurden die verfügbaren Informationen über die aktuelle Länderpolitik für inklusive Bildung und Erziehung, ohne sich jedoch mit der tatsächlichen Umsetzung der politischen Strategien zu befassen.

In diesem Kurzdossier werden die aus den CPRA-Aktivitäten hervorgegangenen Kernpunkte vorgestellt, die die Entwicklung der künftigen politischen Strategien der Länder im Bereich der inklusiven Bildung und Erziehung sowie die Arbeit der Agentur mit und für ihre Mitgliedsländer beeinflussen können.

CPRA-METHODIK

Die CPRA-Methodik wurde im Rahmen einer Pilotphase entwickelt, an der Mitarbeiter der Agentur und acht Mitgliedsländer beteiligt waren. Die verwendeten Methoden wurden in weiteren Phasen zusammen mit anderen Mitgliedsländern aufgebaut und validiert. Bis Ende 2021 hatten 24 Mitgliedsländer der Agentur (d. h. Länder und Rechtsordnungen) an der CPRA teilgenommen.

Die Agentur und politische Entscheidungsträger der Mitgliedsländer waren sich einig, dass politische Entwicklungsarbeit im Wesentlichen durch die **wahrgenommene Absicht** charakterisiert werden kann. Politische Ansätze können folgende Zielsetzungen haben:

- **Verhinderung** verschiedener Formen der Ausgrenzung im Bildungsbereich, bevor sie eintreten;
- **Interventionen**, um sicherzustellen, dass allen Lernenden jederzeit eine qualitativ hochwertige inklusive Bildung und Erziehung zur Verfügung steht;
- **Kompensation** durch spezifische Maßnahmen und Angebote, wenn Prävention und Intervention den Bedürfnissen der Lernenden in einem inklusiven Lernumfeld nicht angemessen entsprechen.

Im Rahmen der CPRA identifizierte die in der Pilotphase tätige Gruppe 12 zentrale Maßnahmen der Politik, um politische Ziele auf internationaler und europäischer Ebene zu erreichen und die Qualität der Bildungssysteme für alle Lernenden zu verbessern. Die Mitarbeiter der Agentur untersuchten die politischen Ansätze der Mitgliedsländer in Bezug auf diese Maßnahmen. Sie klassifizierten die Ansätze als Prävention, Intervention oder Kompensation und stellten Lücken fest, wenn keine politischen Maßnahmen vorhanden waren.



HAUPTRESULTATE

Den CPRA-Ergebnissen zufolge kann die Zusammenarbeit mit Ländern zur gezielten Untersuchung der wahrgenommenen Absicht einer bestimmten Politik nützliche Informationen liefern, um die politische Entwicklungsarbeit zu unterstützen. Durch Abwägung der Ansätze für Prävention, Intervention und Kompensation und/oder etwaiger Lücken im politischen Spektrum gewinnen die einzelnen Länder relevante Informationen für die Entwicklung ihrer Politik für inklusive Bildungssysteme. Darüber hinaus werden Aspekte auf der größeren europäischen Ebene als potenzieller Indikator für die Ausrichtung der Politikentwicklung hin zu stärker auf Prävention ausgelegten Strategien beleuchtet.

Inklusive Bildungssysteme erfordern ein umfassendes Spektrum an politischen Strategien



Bei der inklusiven Bildung und Erziehung geht es nicht nur um politische Strategien zur Unterstützung einzelner Lernenden, sondern vielmehr darum, dass es verschiedene politische Ansätze auf allen Ebenen geben muss, die sich auf inklusive Bildung und Erziehung und deren Umsetzung beziehen.

Die 12 Maßnahmen und Empfehlungen für politische Ansätze als Ergebnis der CPRA-Arbeit können politischen Entscheidungsträgern helfen, ihre bestehenden landesbezogenen politischen Strategien in allen Sektoren, die die inklusive Bildung und Erziehung betreffen, zu reflektieren.

Eine nachhaltige Entwicklung hin zu inklusiver Bildung und Erziehung erfordert eine Kombination von drei politischen Ansätzen



Langfristige, nachhaltige Entwicklungen hin zu inklusiven Bildungssystemen können als Kombination von Präventions-, Interventions- und Kompensationsansätzen betrachtet werden. Der Weg eines Landes zu einem effektiven und gerechten inklusiven Bildungssystem lässt sich an der Abkehr von einem hauptsächlich kompensatorischen politischen Handeln hin zu einem stärker auf Intervention und Prävention ausgerichteten politischen Handeln erkennen.

Unterschiedliche Muster in der politischen Strategie bei den 12 Maßnahmen der Politik



Die an der CPRA-Arbeit beteiligten Mitgliedsländer der Agentur verfolgten jeweils eine sehr unterschiedliche Herangehensweise an die 12 Maßnahmen der Politik. Zwar waren keine klaren Trends erkennbar, aber es konnten der größte und der kleinste Geltungsumfang identifiziert werden.

Was die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterstützung einer verbesserten Zusammenarbeit, Beratung, inklusiven Bildung und Erziehung und frühkindlichen Bildung anbelangte, war der Geltungsumfang der politischen Strategien in den Mitgliedsländern am größten.

Weniger umfangreich waren die politischen Strategien für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Schulethos, der Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf, der Verringerung der negativen Auswirkungen des frühzeitigen Einspurens auf eine Bildungslaufbahn und von Klassenwiederholungen und der Förderung von Verbesserungen für Schulen mit schlechteren Bildungsergebnissen.

DER CPRA-PROZESS

Der CPRA-Prozess baute auf der Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern der Mitgliedsländer auf, was entscheidend war, um einerseits Bereiche mit starken politischen Strategien und andererseits Bereiche mit Bedarf für eine Politikentwicklung systematisch identifizieren zu können. Diese Informationen könnten dann von den Vertretern der Mitgliedsländer in ihrem eigenen Kontext auf unterschiedliche Weise genutzt werden. Bei den kollaborativen, auf Entwicklungszusammenarbeit ausgelegten Prozessen besteht Potenzial zur Weiterentwicklung in der zukünftigen Arbeit der Agentur mit ihren Mitgliedsländern.

Die Vorteile von Zusammenarbeit



Zusammenarbeit innerhalb des Bildungsressorts und mit anderen Ressorts, Institutionen und Behörden ist eine Voraussetzung für eine kohärente Politik für inklusive Bildung und Erziehung. Ein kooperativer Ansatz hilft dabei, Strategien zu identifizieren, die unbeabsichtigt zu Ausgrenzung beitragen und dem Ziel der inklusiven Bildung und Erziehung entgegenwirken.

Stärken und Entwicklungspotenziale erkennen



Die systematische Identifizierung von Stärken und Entwicklungspotenzialen innerhalb politischer Rahmenbedingungen ist eine Voraussetzung für die Festlegung kurz- und langfristiger politischer Prioritäten für inklusive Bildung und Erziehung. Sie kann Diskussionen zwischen allen Interessenvertretern im Bildungsbereich über die notwendigen politischen Veränderungen anregen, die erforderlich sind, um Bildungssysteme mit höherem Inklusionsgrad zu erreichen.

AUSRICHTUNG AN POLITISCHEN ENTWICKLUNGEN AUF INTERNATIONALER UND EUROPÄISCHER EBENE

Die Arbeit auf internationaler und europäischer Ebene verstärkt die Notwendigkeit weiterer Entwicklungsarbeit mit den Ländern zu einer inklusiven Bildungspolitik, die sich an ALLEN Lernenden orientiert. Insbesondere besteht die Notwendigkeit, spezifische Verpflichtungen/Anforderungen auf internationaler Ebene und in der Europäischen Union in nationales Recht und nationale Politik zu integrieren. Außerdem ist eine kollaborative, sektorübergreifende Arbeit erforderlich, um Systemfaktoren zu identifizieren und anzugehen, die ein Hindernis für Gerechtigkeit für alle Lernenden darstellen.

Die Bedeutung der Berücksichtigung von Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene



Die Arbeit auf internationaler und europäischer Ebene ist von hoher Relevanz, um den Dialog bei der nationalen Politikentwicklung zu unterstützen. Ein solcher Dialog kann zu einer klaren, grundsätzlich anerkannten Sichtweise von inklusiver Bildung und Erziehung führen und sicherstellen, dass internationale Konventionen in nationalem Recht und nationaler Politik verankert werden.

Berücksichtigung der Entwicklungsrichtung



Relevante Untersuchungen auf internationaler und europäischer Ebene liefern eine Bestätigung wichtiger und richtungsweisender politischer Entwicklungen. Derzeit geht daraus vor allem hervor, dass Programme benötigt werden, die sich an ein breiteres Spektrum von Lernenden richten – insbesondere an benachteiligte Lernende –, um die in vielen Ländern bestehende direkte Verknüpfung zwischen Inklusion und sonderpädagogischem Förderbedarf/Behinderung zu lösen. Die evidenzbasierte Politikentwicklung muss einen mehrdimensionalen Ansatz für inklusive Bildung und Erziehung verfolgen, bei dem individuelle und gruppeninterne Unterschiede berücksichtigt werden, wenn marginalisierende Faktoren in Schulen und im breiteren Bildungssystem untersucht werden.

Charakterisierung von Systemfaktoren mit Einfluss auf die Gerechtigkeit in Bildung und Erziehung



Um alle Faktoren im Bildungssystem im Zusammenhang mit Diskriminierung und hinter den Erwartungen zurückbleibenden Leistungen schutzbedürftiger Gruppen zu erkennen, muss sich die Politik auf Gerechtigkeit und die Bedeutung gerechter Bildungschancen konzentrieren. Die Politik sollte klar kommunizieren, dass es möglich ist, Bildungssysteme zu entwickeln, die sowohl von hoher Qualität als auch gerecht sind.

FOKUS DER ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN BEI DER ENTWICKLUNG ZUKÜNFTIGER POLITISCHER STRATEGIEN

Die CPRA-Arbeit könnte fortgesetzt werden, um weitere Aufschlüsse im Sinne der Aufstellung nationaler, europäischer und internationaler politischer Ziele und Vorgaben zu erhalten. Ein aktualisierter Rahmen für die CPRA könnte möglicherweise als Instrument zur Verbesserung der Beobachtung von Entwicklungen in der inklusiven Bildung und Erziehung innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern der Agentur dienen und Diskussionen über die Ziele nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen und die Prioritäten im Europäischen Bildungsraum unterstützen.

Es besteht auch die Möglichkeit, im Sinne einer umfassenderen Beobachtungstätigkeit in und mit den Mitgliedsländern der Agentur auf den Ergebnissen der CPRA aufzubauen. Die CPRA gibt Aufschluss über die aktuelle politische Situation der Länder als Vergleichswert. Längerfristig könnten die Länder diese Erkenntnisse verwenden, um bestimmte politische Veränderungen und Entwicklungen im Verlauf zu beobachten.

Aufbauend auf der CPRA-Arbeit insgesamt werden alle zukünftigen Aktivitäten der Agentur mit ihren Mitgliedsländern in die Unterstützung der Entwicklung der Länderpolitik (CPDS) einfließen. Die CPDS wird sich insofern auf die CPRA-Arbeitsprozesse auswirken, als Erkenntnisse genutzt werden, die sich für die Unterstützung von Ländern als nützlich erwiesen haben, und darauf abzielen, einen umfassenden Rahmen und eine umfassende Methodik für die Zusammenarbeit mit Vertretern der Mitgliedsländer zu schaffen. Dies wird es ihnen ermöglichen, die effektive Umsetzung politischer Rahmenbedingungen für inklusive Bildungssysteme in ihrem jeweiligen Land zu prüfen und zu beobachten.

Weitere Informationen über die CPRA finden Sie im zusammenfassenden Bericht, *Country Policy Review and Analysis: Key messages for working with and for countries*.